

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 21) und des Betriebsausschusses Gebäudemanagement (Nr. 12)

Sitzungstermin: Mittwoch, 21.08.2019
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:21 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Kruse, Doris

Schulausschuss

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Meyer, Elfriede
Winter, Maria

für Regina Meinen

GfE-Fraktion

Hencke, Knut

CDU-Fraktion

Risius, Andrea
Verlee, Gerold

für Herbert Buisker

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Böckmann, Jürgen

FDP-Fraktion

Busch, Friedrich
Frerichs, Uwe

(bis 19:19 Uhr)

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Engelberts, Michael
Könnecke, Maike
Lechner, Katja
Stüber, Gudrun

(bis 18:40 Uhr)

Betriebsausschuss Gebäudemanagement

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Pohlmann, Marianne

GfE-Fraktion

Telschow, Finn Onno

(bis 18:51 Uhr)

CDU-Fraktion

Buisker, Herbert

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 21) und des Betriebsausschusses Gebäudemanagement (Nr. 12)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mejia Yepes, Gustavo

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich

für Erwin Hoofdmann (bis 18:30 Uhr)

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Koerth, Michael

Smit, Harry

für Ottmar Loers

Verwaltungsvorstand

Bornemann, Bernd

Jahnke, Horst

Oberbürgermeister

(bis 18:52 Uhr)

von der Verwaltung

Buß, Thomas

Baumann, Albert

Olk, Gabriele

Häwel, Sven

Protokollführung

Lenzion, Daje

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 21) und des Betriebsausschusses Gebäudemanagement (Nr. 12)

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 4 Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 17/1160

Herr Bornemann erläutert, die Schulentwicklung sei spätestens seit 2005, der Beendigung der Orientierungsstufe, in permanenter und tiefgreifender Bewegung. In Emden habe dies im weiteren Verlauf zu einer Schulstrukturreform geführt, die erfolgreich vom Rat beschlossen und anschließend umgesetzt worden sei. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Einführung einer zusätzlichen Schulform, der Integrierten Gesamtschule sowie an die Einführung der neuen Schulform Oberschule. Weiterhin erinnert er an die Schaffung eines räumlichen gymnasialen Zentrums am Steinweg sowie die schrittweise Einführung der Ganztagschulen. Es seien Millionenbeträge in Schulneubau, Schulerweiterung und in den Bau zahlreicher Mensen investiert worden. Die Entwicklung sei noch nicht abgeschlossen. Neben neuen Herausforderungen wie der Digitalisierung seien die Ziele beim Ausbau der Schulstandorte und der vollständigen Umwandlung aller Schulen in Ganztagschulen noch nicht erreicht. Außerdem hätten sich die prognostizierten Schülerzahlen durch Zuwanderung, steigende Geburtenraten und weiter veränderte Anwahlentscheidungen insgesamt verändert. Der Sanierungsstau spiele ebenfalls eine erhebliche Rolle. Herr Buß werde in seinem Vortrag die Bedarfe und die Schlussfolgerungen der Verwaltung darstellen. Die Verwaltung habe eine erste Einschätzung der Prioritäten, eine Kostenschätzung, die Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen auf den Kernhaushalt und die Neuverschuldung des Gebäudemanagements vorgenommen. Der Vortrag beinhalte aus Sicht der Verwaltung die dringendsten Notwendigkeiten der nächsten vier Jahre und keinerlei Prognose hinsichtlich der haushaltsrechtlichen Beurteilung durch die Kommunalaufsicht. Es sei ein Einstieg in eine intensive Diskussion, die in den nächsten Wochen geführt werden müsse. Die schriftliche Mitteilungsvorlage solle erst nach der Gesamtdarstellung verteilt werden.

Herr Buß berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Schulentwicklungsplanung. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die detaillierte Aufstellung.

Herr Jahnke erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die finanziellen Auswirkungen der dargestellten Schulentwicklungsplanung. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Der Rat müsse auf Basis des Vortrages entscheiden, welche Prioritäten gesetzt werden sollen. Es kämen noch weitere Notwendigkeiten wie beispielsweise der Ausbau der Krippen und Kindergärten hinzu. Die Kommunalaufsicht nehme immer eine Gesamtbetrachtung vor. Maßnahmen für Kinder hätten sicherlich eine gewisse Priorität, sodass es gute Chancen für Genehmigungen gebe. Dies werde jedoch möglicherweise zu Lasten von anderen Maßnahmen sein, die ebenso notwendig wären.

Frau Kruse bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Buisker gibt Herrn Jahnke Recht, dass bereits einige Millionen in den Schulbereich in den letzten Jahren investiert worden seien. Die Vorschläge würden nun selbstverständlich zunächst in den Fraktionen besprochen.

Herr Buß habe erläutert, dass sich die Zahlen der Schulentwicklungsplanung nur zum Teil bestätigt hätten. Er bittet um eine Einschätzung zu den Entwicklungen in den einzelnen Schulen. Abweichungen müssten in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 21) und des Betriebsausschusses Gebäudemanagement (Nr. 12)

Es seien zwei zusätzliche Züge notwendig, wenn das Baugebiet Conrebbersweg West in der von der Verwaltung bisher geplanten Form umgesetzt werde. Laut Auskunft der Verwaltung gebe es bisher 800 Interessenten für das Baugebiet. Er möchte wissen, aus welchen Stadtgebieten diese Interessenten kommen, da sich dies wiederum auf die anderen Grundschulen auswirken würde. Dies sei seines Erachtens nicht berücksichtigt worden.

Weiterhin fragt er, inwieweit eine Verschiebung von Schuleinzugsgebieten möglich wäre, um flexibler reagieren zu können. Es gebe einige Schulen, die schwach ausgelastet seien und andere extrem stark. Möglicherweise könnten für einen befristeten Zeitraum die Schuleinzugsgebiete verändert werden.

Herr Buß schildert bezüglich der Zahlen, dass es sich immer um Tendenzen handele. Es könne festgestellt werden, dass sich die Zahlen zum Teil nicht bestätigt hätten. Gründe dafür seien unter anderem die demografische Veränderung und die Auswirkungen der Zuwanderung. Die Zuwanderung war in 2012/13 noch nicht absehbar. Die Zahlen seien auf Basis der damaligen Datengrundlage nach bestem Wissen und Gewissen erarbeitet worden. Seines Erachtens habe es im Rahmen der Schulentwicklungsplanung keine großartigen Fehlentscheidungen gegeben. Es gebe kaum Leerstände an den Schulen.

Es könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden, aus welchen Stadtteilen die Bauherren in Conrebbersweg West kommen würden. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung müsse der Schulträger darauf aufmerksam machen, welche Auswirkungen die Entwicklung von Baugebieten auf bestehende Schulstandorte habe. Zwei Alternativen seien im Vortrag dargestellt worden.

Natürlich gebe es die Möglichkeit, sehr flexible Schuleinzugsgebiete insbesondere in angrenzenden Bereichen einzuführen. Es wären dann sicherlich in einem gewissen stetigen Rhythmus Verschiebungen der Schulbezirke erforderlich. Es bestehen diesbezüglich bisher keine Erfahrungswerte.

Herr Busch bedankt sich für den äußerst objektiven und kompetenten Vortrag. Der Bericht von Herrn Jahnke war äußerst wichtig und notwendig. Die Erarbeitung eines Gebäudeentwicklungskonzepts sei ein Prozess. Die Schulgebäude müssen ständig weiterentwickelt und umgestaltet werden. Eine entsprechende Vorbereitung sei wichtig. Er hoffe, dass die von der Bunderegierung angekündigten Sonderzahlungen für die Schulentwicklung tatsächlich gezahlt werden. Ein Konzept wäre sicherlich von Vorteil. Die Schulentwicklungsplanung müsse mit den Fachleuten besprochen werden. Die Schulen müssen gemeinsam so gut wie möglich gestaltet und ausgestattet werden.

Frau Winter begrüßt den Zuwachs von jungen Familien. Dies bedeute jedoch auch mehr Raumbedarf an den Grundschulen sowie enorme Investitionen. Die Inklusion sei ebenfalls zu bewältigen. In diesem Zusammenhang müsse ihres Erachtens das Land oder der Bund Fördermittel geben. Durch die Inklusion seien die Klassen kleiner und damit der Raumbedarf erhöht. Die Maßnahmen müssten nun erstmal innerhalb der Fraktion besprochen werden, um Entscheidungen treffen zu können.

Herr Verlee habe sich zunächst gewundert, weshalb keine Vorlage im System hinterlegt war. Nach den Vorträgen sei ihm klar, dass es im Vorfeld keine Diskussion geben sollte. Es seien bereits ganz konkrete Maßnahmen angesprochen worden, in die investiert werden sollte. Er möchte wissen, ob die Kommunalaufsicht dies überhaupt genehmigen würde, solange es gewisse Alternativen gebe. Beispielsweise könnten teilweise andere Gebäude mit genutzt werden.

Herr Bornemann teilt mit, dass mit der Kommunalaufsicht bisher noch nicht gesprochen worden sei. Die Vorlage sei nicht vorher verteilt worden, um die Diskussion heute zu beginnen. Ebenso sei die Vorlage erst am heutigen Tag fertiggestellt worden.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 21) und des Betriebsausschusses Gebäudemanagement (Nr. 12)

Herr Jahnke ergänzt, dass in den letzten drei Jahren Rücklagen aufgebraucht worden seien. Es gebe einen ständigen Dialog mit der Kommunalaufsicht. Es sei begrüßt worden, dass eine Entschuldung beim Gebäudemanagement geplant sei. Durch die dargestellten Maßnahmen würde man allerdings wieder in eine beträchtliche Nettoneuverschuldung einsteigen. Dies müsse natürlich mit der Kommunalaufsicht kommuniziert werden. In jeder Haushaltsgenehmigung werde das Thema Verschuldung insgesamt sehr umfassend angesprochen. Von einer Entschuldung sei die Stadt bei den ganzen Anforderungen weit entfernt. Neben den Schulgebäuden gebe es noch eine Vielzahl weiterer notwendiger Maßnahmen.

Herr Götze legt dar, dass die Inklusion ebenso bewältigt werden müsse. Des Weiteren sollen die Eltern das Recht erhalten, dass die Kinder eine Ganztagschule besuchen können. Diesbezüglich solle ein Gesetz verabschiedet werden. Er fragt, welche Aussichten es diesbezüglich gebe, für die Umsetzung eine Förderung zu erhalten.

Herr Bornemann verweist auf das Prinzip der Konnexität. Bei der Einführung der Inklusion habe es verschiedene Bewertungen der Kosten gegeben. Die Stadt habe sich an einem Rechtsstreit beteiligt. Es habe allerdings eine Einigung zwischen Städtetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund gegeben. Im Jahre 2020 solle eine Evaluation erfolgen. Das Klageverfahren sei im Einklang mit allen Beteiligten beendet worden. Beim Rechtsanspruch auf Ganztagsbeschulung müsse das entsprechende Gesetz abgewartet werden. Sicherlich müssen erhebliche Eigenanteile gezahlt werden.

Herr Buß fügt hinzu, die Hoffnung auf entsprechende Förderprogramme sei nicht grundlos. Er erinnert an die Einführung der Ganztagschule vor ca. 12 Jahren. Es habe damals ein Förderpaket gegeben. Es seien Investitionszuwendungen für die Einrichtung der Ganztagschule gezahlt worden. Emden habe einen zweistelligen Millionenbetrag erhalten. Insofern bestehe die Hoffnung, dass möglicherweise wieder Zuschussmittel gezahlt werden. Der Anteil der Eigenfinanzierung sei bisher nicht absehbar.

Herr Bolinius bittet um Auskunft, ob es Alternativen gebe, wenn die Kommunalaufsicht die dargestellten Investitionen ablehne. Seiner Ansicht nach sollte man sich darüber frühzeitig Gedanken machen.

Herr Jahnke erklärt, natürlich müsse noch mit der Schulverwaltung über mögliche Alternativen gesprochen werden. Die Umsetzung der kompletten Maßnahmen könnte möglicherweise zu groß sein. Der Schulträger habe insbesondere im Grundschulbereich Verpflichtungen. Insofern bestehe eine gewisse Chance für die Genehmigung der Investitionen im Schulbereich. Zunächst sollten die Vorschläge in den Fraktionen umfassend diskutiert werden. Es seien alle Notwendigkeiten, Anregungen und Wünsche in die Vorlage eingearbeitet worden. Sicherlich müsse mit der Kommunalaufsicht eine intensive Diskussion geführt werden. Ebenso sei die Verwaltung auf die Direktoren und Lehrkräfte angewiesen. Es sei eine wesentlich intensivere Zusammenarbeit notwendig. Die Verwaltung sei massiv auf die Hilfe aller Beteiligten angewiesen. Es werde die Solidarität benötigt, an einigen Stellen auch beispielsweise freie Räume anderen Schulen anzubieten und Ideen gemeinsam zu entwickeln. An den Schulen arbeiten die Fachleute, die tagtäglich direkt mit den Schülerinnen und Schülern arbeiten. Es müsse eine Gemeinschaft gebildet werden.

Herr Buisker fragt, wie der weitere zeitliche Ablauf sei und inwiefern weitere Gespräche stattfinden. Dies sei zunächst einmal nur eine Mitteilungsvorlage.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 21) und des Betriebsausschusses Gebäudemanagement (Nr. 12)

Herr Buß gibt an, die Vorlage sei zunächst als Mitteilung in den beiden Ausschüssen vorgestellt worden, um die Diskussion mit den Fraktionen zu starten. Sicherlich müsse man sich nochmal im Steuerkreis mit der Thematik befassen. Die wesentlichen Inhalte seien den Mitgliedern des Steuerkreises bereits bekannt. Zunächst sollte die Vorlage in den Fraktionen diskutiert werden. Es werde sicherlich Gesprächsbedarf geben. Daraus resultieren dann weitere Termine.

Herr Bornemann ergänzt, die Fraktionen müssen über die Prioritäten der einzelnen Maßnahmen entscheiden. Die Verwaltung habe hierzu einen Vorschlag vorgelegt. Weiterhin verweist er auf die Haushaltsberatungen für 2020, die Anfang nächsten Jahres beginnen werden. Dann sollten Entscheidungen getroffen werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 5 Digitalpakt Schule
Vorlage: 17/1161

Herr Buß teilt mit, es solle der aktuelle Stand sowie die Situation der Richtlinie zum Digitalpakt vorgestellt werden. Mittlerweile gebe es eine offizielle Richtlinie zum Digitalpakt, sodass auch die rechtlichen Grundlagen zur Umsetzung vorliegen. Es gebe bestimmte Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen. Es hätten bereits Vorgespräche stattgefunden. Das Thema Systemadministration und Support an den Schulen müsse bedacht werden, da ohne eine gravierende Änderung dieser Thematik den Anforderungen des Digitalpaktes nicht nachgekommen werden könne.

Herr Häwel stellt anhand einer Power-Point-Präsentation den Digitalpakt Schule vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Buß stellt fest, durch den Vortrag sei sehr deutlich geworden, welche Aufgaben im Rahmen der Umsetzung des Digitalpaktes auf die Stadt zukomme. Es müssen nicht nur Geräte angeschafft, sondern auch ein Konzept erarbeitet werden. Die Mittel stehen bisher noch nicht zur Verfügung. Zunächst müssen die entsprechenden Anträge vorbereitet werden. Es stehen ca. 3,6 Mio. € zur Verfügung. Die Planung und Verkabelung werde in jedem Fall mit diesen Mitteln zu decken sein. Ein Teil der Gelder werde in die Hard- und Software investiert werden können. Die Folgekosten müsse die Stadt selbst tragen. Ebenso müsse der Support mitfinanziert werden. Es sei kein kostendeckender Zuschuss. Die Personalkosten sowie Verbrauchs- und Gebrauchsmaterialien müssten selbst getragen werden. Die Breitbandanbindung der Schulen sollte berücksichtigt werden. Diesbezüglich würden Gespräche mit den Stadtwerken und Emden Digital geführt, um relativ schnell eine Lösung zu erzielen. Der Betrieb der Breitbandnetze müsse ebenso finanziert werden.

Herr Verlee lobt, dass es in diesem Bereich die Möglichkeit der Bezuschussung gebe. Die Jugend sei die Zukunft. Er hofft, dass es tatsächlich auch einen Nutzen aus diesem Digitalpakt geben werde. Frühzeitig sollte über Standardisierung gesprochen werden, um Kosten zu sparen. Ebenso sollten mögliche zukünftige Probleme frühzeitig durch beispielsweise Versicherungen abgesichert werden. Er hofft, dass für die Bereitstellung der Digitalisierung die städtische Tochter profitiere und nicht jemand Externes.

Herr Buß erörtert, dass die Planungen bereits vergaberechtlich geprüft worden seien. Eine Vergabe sei noch nicht erfolgt. Die Fördermittel seien natürlich äußerst hilfreich. Dennoch

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 21) und des Betriebsausschusses Gebäudemanagement (Nr. 12)

stehen diesen 3,6 Mio. € auch Eigenleistungen gegenüber. Den Schulen sollten dennoch diese Möglichkeiten eröffnet werden.

Frau Winter begrüßt, dass die Mittel in Höhe von 3,6 Mio. € beantragt werden können. Sie möchte wissen, ob die Summe über mehrere Jahre ausgezahlt werde. Weiterhin fragt sie, ob die Höhe der Eigenleistungen sowie der Folgekosten schon beziffert werden können.

Herr Buß führt aus, dass die Mittel in Höhe von 3,6 Mio. € für die nächsten fünf Jahre zur Verfügung stehen. Die Schulen müssen Medienbildungskonzepte entwickeln, die allerdings nicht direkt mit dem Antrag eingereicht werden müssen. Des Weiteren müsse ein städtisches Medienentwicklungskonzept für die Schulen erarbeitet werden. Die Gespräche mit den Schulen würden zurzeit stattfinden. Insbesondere für den Grundschulbereich solle grundsätzlich eine standardisierte Lösung gefunden werden. Mit den Fachleuten müsse die gebäudetechnische Umsetzung geprüft werden. Im Bereich der weiterführenden und der berufsbildenden Schulen gebe es andere Anforderungen und Voraussetzungen. Die Mittel können je nach Fortschritt durch entsprechende Anträge abgerufen werden. Die Summen in Höhe von 30.000 € pro Schule könnten relativ komplikationslos beantragt werden. Diese seien ausschließlich für die einzelnen Schulstandorte zu verwenden. Ca. 3,1 Mio. € seien nach Schülerzahlen für den Schulträger abrufbar. Dieses Geld sei entsprechend der Planung des Schulträgers einzusetzen. Es könne nicht garantiert werden, dass alle Schulen entsprechend ihrer Schülerzahl profitieren werden. Dies hänge auch mit den unterschiedlichen Ausstattungsständen zusammen. Eine schlecht ausgestattete Schule habe einen viel höheren Investitionsbedarf. Grundsätzlich sollten natürlich alle Schulen von dieser Summe profitieren.

Selbstverständlich werde es Folgekosten wie Personalkosten für Administratoren und Sachkosten geben. Einige Geräte müssten nach ca. fünf Jahren neu angeschafft werden. Diesbezüglich sollten Lösungen erarbeitet werden. Beispielsweise könnte gewisse Geräte geleast werden. Eine genaue Summe der Eigenleistungen und Folgekosten könne zurzeit nicht genannt werden. Der Abruf der Mittel des Digitalpakts beinhalte nicht zwingend einen städtischen Eigenanteil.

Herr Häwel weist darauf hin, dass die Mittel nur für die Bildungsinfrastruktur gedacht seien. Die Verwaltung der Schulen sei durch den Digitalpakt nicht abgedeckt. Diese sollten dennoch mit bedacht werden. Der 16.05.2023 sei der Stichtag für die Beantragung der Gelder.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 6 Schulabschlussquoten in Emden;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen vom 07.05.2019
- Antrag der FDP-Fraktion vom 31.07.2019
Vorlage: 17/1162

Herr Böckmann erläutert, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich mit den Ergebnissen für die Stadt Emden aus der Studie des Berlin-Instituts „Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind“ auseinandergesetzt. Es sei ein desaströses Ergebnis für Emden. Mit der Note 5,3 habe Emden mit Abstand das schlechteste Ergebnis in Niedersachsen erreicht. Die sei äußerst bedenklich. Bei 597 Schulabgängern 2017 bedeute dies eine Quote von 8,7 % Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen haben. Bei den ganzen Anstrengungen, die unternommen worden seien, stelle sich die Frage, wo Verbesserungsbedarf bestehe. Eventuell müssten neue Wege bestritten werden. Es sei in die

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 21) und des Betriebsausschusses Gebäudemanagement (Nr. 12)

Schulen sehr viel investiert worden. Möglicherweise gebe es neuere und effizientere Konzepte in anderen Regionen.

Herr Busch meint, der Beratungsgegenstand „Schulabschlussquoten“ sei falsch dargelegt. Dies beziehe sich nur auf Statistik. Die FDP-Fraktion möchte wissen, wie viele Schulabgänger ohne Schulabschluss die einzelnen Schulen verlassen haben. Die Verwaltung habe diese Zahlen zugesichert. In den letzten Jahren werde im Rat viel über Integration, Inklusion und Frühförderung gesprochen. Dennoch gelinge es vielen Schülerinnen und Schülern nicht, einen Schulabschluss zu erlangen. Diesen Schülerinnen und Schülern müssen Hilfestellungen angeboten werden. Natürlich gebe es auch Schulverweigerer, die keinen Rückhalt und keine Förderung aus der Familie erhalten. Die Schülerinnen und Schüler müssen motiviert werden, dass sie auch mit einem schlechten Hauptschulabschluss eine Ausbildung beginnen können. Innerhalb der Ausbildung könnten sie für Weiterbildungen befähigt werden. Es sei für viele junge Menschen ein Rückschlag, wenn diese keinen Abschluss erzielen. Er bittet um die Zahlen der einzelnen Schulen, um die Gründe erforschen zu können.

Herr Böckmann wolle nicht, dass ein Schulranking dargestellt werde. Es gehe prinzipiell darum, welche Hilfestellungen die jungen Leute benötigen. Emden habe im Landesdurchschnitt einen äußerst schlechten Wert, sodass seines Erachtens irgendetwas nicht richtig laufe. Die Quote von 8,7 % sei erschreckend. Die Konzepte sollten daher nochmal überarbeitet werden. Es werde schon eine Menge investiert. Die BBS II bemühe sich, den jungen Menschen durch ein Berufsvorbereitungsjahr und durch andere Schulformen den Hauptschulabschluss noch nahezubringen. Oftmals gelinge dies auch. Die Frustration der jungen Leute im Bereich der allgemeinbildenden Schulen sei erschreckend.

Herr Buß stellt anhand der Vorlage 17/1162 sowie einer Power-Point-Präsentation die Schulabschlussquoten in Emden vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Engelberts verweist auf die in der Vorlage dargestellten Gesamtzahlen. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler reduziere sich im Schuljahr 2017/18 schlagartig um 147. Seines Erachtens seien die Abiturienten der berufsbildenden Gymnasien nicht berücksichtigt worden. Die 144 Schulabschlüsse mit Hochschulreife seien die Abiturjahrgänge des Johannes-Althusius-Gymnasiums sowie des Max-Windmüller-Gymnasiums. 111 Schülerinnen und Schüler hätten ihren Abschluss auf den Berufsgymnasien gemacht. Diese Anzahl sei in der Statistik scheinbar nicht vorhanden. Es hätten 47 Schülerinnen und Schüler an der BBS I die sog. Fachhochschulreife erreicht. Die Zahlen habe er aus Zeitungsberichten. Es fehlen somit mindestens 111 Schülerinnen und Schüler in der Statistik. Durch eine höhere Gesamtzahl würde sich eine andere Teilung und damit ein anderer prozentualer Wert ergeben. Natürlich seien 32 Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss zu viel.

Herr Buß sagt zu, die dargestellten Zahlen nochmal näher zu betrachten.

Anmerkung der Protokollführung:

Lt. Mitteilung des Fachdienstes Schule und Sport sind bei den in der Vorlage dargestellten Zahlen zu den Schulabschlüssen nur die Abschlüsse an den allgemeinbildenden Schulen berücksichtigt worden, da sich augenscheinlich auch das Berlin-Institut auf diese beschränkt hat.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 21) und des Betriebsausschusses Gebäudemanagement (Nr. 12)

Herr Buisker ist ebenfalls der Ansicht, dass es kein Schulranking geben sollte. Eine detaillierte Aufteilung der einzelnen Schulen sollte nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden. In den Schulen werde bereits sehr viel geleistet. Jede einzelne Schule habe ganz spezielle Probleme und Situationen. Solche Daten sollten im kleinen Rahmen zur Verfügung gestellt werden.

Herrn Busch gehe es bei der Diskussion zu viel um Statistik. Die FDP wolle wissen, wie viele Hauptschüler ohne Schulabschluss die Schule verlassen und wie diesen Schülerinnen und Schülern am Ende der Schulzeit noch Hilfestellung gewährt werden könne. Es gehe nicht darum, Statistiken gegeneinander auszuwerten. Es seien teilweise tüchtige junge Menschen, die eigentlich in die Lage versetzt werden müssten, einen Hauptschulabschluss mit der Note 4 zu erreichen. Es gehe um die einzelnen Schülerinnen und Schüler und nicht um Statistiken. Es sollte konstruktiv an der Problematik gearbeitet werden. Natürlich können die konkreten Zahlen der einzelnen Schulen auch nichtöffentlich dargestellt werden.

Herr Buß erklärt, die Verwaltung habe die Problematik sehr wohl erkannt. Daher werde die Verwaltung sich intensiv mit den Fachleuten aus dem kommunalen Bildungsmanagement und mit den Schulen zusammensetzen, um die Gründe herauszufinden. Mit dem Vortrag sollte auch dargestellt werden, dass in Emden dennoch gute Bildungsarbeit betrieben werde.

Herr Böckmann bestätigt, an den Schulen werde hervorragende Bildungsarbeit geleistet. Die Kluft sei aber enorm. Es seien teilweise wirklich ambitionierte Leute, die den Abschluss nicht erreichen. Fehlende Hauptschulabschlüsse können nicht mit Abiturabschlüssen kompensiert werden.

Herr Götze legt dar, dass es 700 alleinerziehende Frauen gebe. Viele Eltern hätten ihre eigenen Probleme und dadurch Probleme, ihre Kinder auf den Weg zu bringen. Entscheidend sei, dass es auch ohne Abschluss Chancen gebe. Natürlich können während der Schulzeit Störungen in der Familie auftauchen. Ebenso spiele Mobbing eine große Rolle in den Schulen. Viele Schülerinnen und Schüler fühlen sich nicht mehr wertgeschätzt. Die Lehrkräfte wissen durch die tägliche Arbeit mit den Kindern am besten, wo die Problematiken liegen. Den jungen Menschen müsse eine Unterstützung angeboten werden. Auch ohne Abschluss gebe es immer Möglichkeiten, den Übergang Schule und Beruf zu ermöglichen. Es gebe viele Gründe von Schulverweigerung. An den Ursachen müsse gearbeitet werden.

Herr Verlee ist ebenfalls der Meinung, dass das Problem nicht die Schulen oder Lehrkräfte seien. Bei einer Auflistung der einzelnen Schulen bestehe die Gefahr, dass Bewertungen der Schulen vorgenommen werden. Die Gesellschaft habe einen sehr hohen Einfluss auf die Gesellschaftsstruktur. Bei der Förderung würden die Schulen und Lehrkräfte ihr Potenzial bereits vollkommen ausschöpfen.

Herr Buß weist nochmals darauf hin, dass die Thematik weiter geprüft werde. Es können sicherlich anschließend konkrete Ursachen benannt werden. Die Stadt habe insgesamt einige Programme im Bereich der Jugendhilfe, um dieser Problematik zu begegnen. Sicherlich sei auch ein Vergleich mit anderen Kommunen notwendig. Die Konzepte müssen gegebenenfalls überarbeitet werden. Dennoch müsse berücksichtigt werden, dass die Schulen nicht sämtliche gesellschaftliche Probleme auffangen können.

Herr Engelberts bemerkt, er wollte durch seinen Hinweis auf die fehlenden Abschlüsse der berufsbildenden Schulen nicht die Abiturienten mit den Schulabbrechern ins Verhältnis setzen. Er habe mitteilen wollen, dass diese Statistik falsch sei. Es seien einige Schülerinnen und Schüler nicht berücksichtigt worden. Würden die fehlenden Schülerinnen und Schüler in der Statistik dazu gerechnet, liege die Quote bei 5,7 %.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 21) und des Betriebsausschusses Gebäudemanagement (Nr. 12)

Herr Böckmann schildert, ein Top-Ziel im Bereich Bildung und Erziehung laute „Die Schulabschlussquoten sollen nicht schlechter sein als im Landesdurchschnitt“. Der Prozentsatz von 8,7 sei eine Tragödie. Dies könne man sich gesellschaftlich, politisch und volkswirtschaftlich nicht leisten. Daher müsse etwas dagegen unternommen werden. Es gehe um junge Menschen, die eine Perspektive brauchen und Teilhabe erfahren sollen.

Herr Buß gibt Herrn Engelberts Recht, dass durch eine höhere Gesamtzahl rechnerisch eine andere Quote herauskomme. Dies ändere jedoch nichts an dem Problem. Jeder Schüler und jede Schülerin ohne Abschluss sei zu viel. Daran müsse gearbeitet werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 8 Anfragen

1. Sachstand Schulverpflegung

Herr Buisker bittet um einen Sachstandsbericht zur Schulverpflegung. Diese sei auf ein Jahr befristet.

Herr Buß teilt mit, dass der Vertrag verlängert worden sei. Die Schulverpflegung werde im laufenden Schuljahr weiterhin so gewährleistet wie im letzten Schuljahr.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.